



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
GENERALDIREKTION FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Matthias KLAUS, Bgdr
Referat II/I/b - Dienstbetrieb
Herrengasse 7
A-1010 WIEN
TEL +43-1 53126-3836
FAX +43-1 53126-3473
Matthias.klaus@bmi.gv.at

DVR: 0000051

GZ. 0117/1969-II/1/b/05

Betreff: PARLAMENTARISCHE ANFRAGEN: PETITION Nr. 42

Schriftl. Anfrage der Abg. Dr. Peter Wittmann und
Rudolf Parnigoni betr. Petition Nr. 42 „Für mehr
Sicherheit in Lanzenkirchen“

An die

Parlamentsdirektion
Parlament

1017 Wien

E-Mail: gerhard.kiesenhofer@parlinkom.gv.at

Zum Schreiben der Parlamentsdirektion vom 15. Dezember 2004, Zahl: 17.010.0020/31-L1.3/2004, betreffend Petition Nr 42 - „Mehr Sicherheit in Lanzenkirchen“ wird wie folgt Stellung genommen:

Grundsätzlich ist vorweg zur der in der Petition angesprochenen Thematik öffentliche Sicherheit festzuhalten, dass Österreich nach wie vor eines der sichersten Länder der Welt ist. Um diesen hohen Sicherheitsstandard zu erhalten und auszubauen, bedarf es einer permanenten Anpassung der Aufbau- und Ablaufstrukturen an die veränderten Umfeldbedingungen und Anforderungen, die an die Sicherheitsexekutive gestellt werden. Die angelaufenen Umsetzungsmaßnahmen der Exekutivreform (Zusammenlegung der Wachkörper) und die damit einhergehende sukzessive Ausstattung der Exekutive mit neuen und modernen Einsatzmitteln werden der weiteren Optimierung der Sicherheitslage in hohem Maße Rechnung tragen.

Der für Lanzenkirchen zuständige Gendarmerieposten Erlach, Bezirk Wr. Neustadt, ist mit 10 Planstellen systemisiert und zum 1. Jänner 2005 auch mit 10 Bediensteten besetzt, womit ein belastungskonformes ausgeglichenes Soll/Ist-Verhältnis besteht. 1 E2b-Beamter ist bis voraussichtlich 28.02.2005 dem GP Wöllersdorf (bezirksintern) zugeteilt. Die vorgesetzten Stellen (Bezirks- und Landesgendarmeriekommando) sind jedoch angewiesen, laufend zu prüfen, inwieweit Veränderungen in den einzelnen Überwachungsbereichen personelle Konsequenzen (Planstellenumsystemisierungen) erfordern.

Zur Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung in Österreich werden laufend Maßnahmen gesetzt, die auch den Einzugsbereich des Bezirkes Wr. Neustadt umfassen.

So wurden zur schwerpunktmäßigen Bekämpfung der Kriminalität seit 2004 bundesweit zusätzlich 150 Bedienstete konzentriert, wobei für Niederösterreich sogar ein eigener Stützpunkt für die „Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität“ in Mödling geschaffen wurde.

Die Einführung des Sicherheitsmonitors zur Beobachtung und Bewertung kriminalistischer Sachverhalte sowie die daraus resultierenden operativen Schwerpunktmaßnahmen, einschließlich einer verstärkten Außendienstpräsenz durch Vereinfachung und Verbesserung von Verwaltungsabläufen zeigen bereits eine deutliche Wirkung. Insbesondere in Wien führten diese Maßnahmen bereits zu einem deutlichen Rückgang gerichtlich strafbarer Handlungen.

24. Jänner 2005
Für die Bundesministerin:
SCHERER, Bgdr

F.d.R.d.A.:
Hartmann